

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum für 10 Reichspfennige. Einzel- und Wohnungsanzeigen 5 Reichspfennige. — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Kleinanzeigen: Die 10 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum im Satz 10 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei monatlich 3 Reichspfennigen. Einmalig 60 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenverkäufer und kleine 10 Reichspfennige. — Redaktion und Geschäftsstelle: Straße 50, Postfach 6000 Breslau 544. Geschäftsleiter: Walter Ring 5027.

7. Jahrgang.

Montag, 15. Juni 1925

Nummer 131

20 Millionen für das Waldenburger Hungerland

Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion

Breslau, 15. Juni.

Die Abgeordneten Schulz-Breslau und Schwenk-Berlin und die übrigen Mitglieder der Fraktion der kommunistischen Partei haben folgenden Antrag eingebracht.

Das Wohlfahrtsministerium hat zur Untersuchung der Lebens- und Wohnverhältnisse in das Waldenburger Kohlengebiet eine Kommission entsandt, an der der Staatssekretär Scheidt sowie der Regierungspräsident Jähneke teilgenommen haben.

Bei der Besichtigung wurde festgestellt, daß das Waldenburger-Neuroder Kohlengebiet als Notstandsgebiet anzusprechen sei.

Die Wohnverhältnisse sind geradezu menschenunwürdig. Von 70 Prozent der Bevölkerung wohnen die Familien von 8 bis 10 Personen in einer Stube. Städtige Keller- und Bodenträume werden als Wohnräume benutzt. In den größeren Industriegemeinden warten Tausende schon jahrelang auf Wohnung.

Die äußerst schlechte Bezahlung der Waldenburger-Neuroder Bergarbeiterschaft hat zur Folge, daß die Lebenshaltung derselben auf ein Niveau gedrückt wird, das es den Arbeitern unmöglich macht, auch nur an die primitivsten kulturellen Anforderungen zu denken.

Dieser Zustand bringt wiederum mit sich, daß besonders die Kinder darunter leiden, und den Alters-, Invaliden- und Knappschaftsrentnern nur ein Vegetieren gestattet ist.

Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, für die sofortige Inangriffnahme eines umfangreichen Wohnungsbaues in den Kreisen Waldenburg und Neurode und für Sonderzulagen an Sozialrentner und andere Unterstützungsempfänger aus Staatsfonds einen Sonderfonds zur Verfügung zu stellen in Höhe von zunächst 20 000 000 RM. Dieser Fonds soll ausschließlich an die Gemeinden gegeben werden mit der Maßgabe, den Wohnungsbau in eigener Regie auszuführen und die Wohnungen ausschließlich an Arbeiterfamilien unter Bevorzugung der sozial bedürftigsten zu geben. Die Mieten sollen dem Einkommen entsprechend niedrig bemessen, in besonderen Notfällen ganz erlassen werden.

Die Sonderzulagen an Sozialrentner usw. sind unter entscheidender Mitbestimmung der Vertreter dieser Gruppen festzusetzen.

Berlin, den 10. Juni 1925.

Die wertvolle Bevölkerung im Waldenburger Hungerland, der bei den letzten Wahlen von den bürgerlich-sozialdemokratischen Volksvertretern goldene Berge versprochen wurden, erleidet aus diesem Antrag, daß die verklärten Kommunisten es sind die im preussischen Landtag sofortige Hilfe zur Beteiligung der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiterfamilien fordern.

Sind es doch neben den Hungerlöhnen, die im kapitalistischen Staat durch kein Gesetz befestigt werden können, gerade die Wohnungsverhältnisse, unter denen die arbeitende Bevölkerung am schwersten leidet.

Die geforderte Summe von 20 Millionen ist in Anbetracht der ungeheuren Zahl fehlender Wohnungen durchaus angemessen und bescheiden. Selbst die geringsten bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker in Banca nicht bedauernd, daß die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen wegen Mangel an Mitteln nicht bewilligt werden können.

In den Waldenburger Kreisen wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß die dortige Arbeiterschaft für die Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion mobilisiert wird.

In allen Arbeiterorganisationen müssen unsere Genossen dafür sorgen, daß die Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion unterstützt werden. Besonders gilt das für die Gewerkschaften und die Mieterkassenvereine.

Unsere Kommunalvertreter müssen dafür eintreten, daß die Gemeinden im eigenen Interesse dem kommunistischen Antrag zu dem ihren machen. Je härter der Widerhall ist, den die Anträge in den elenden Behausungen der Waldenburger Proleten finden, um so wirksamer wird der Kampf sein, den die kommunistische Partei gegen Hunger und Wohnungsnot im Waldenburger Revier führt.

Genossen, an die Arbeit!

Unternehmeroffensive und Wirtschaftskrise

Was ist zu tun?

Täglich kommen der Arbeiterschaft immer neue alarmierende Nachrichten zur Kenntnis. Heute soll nach dem Willen der Holzindustriellen die Generalaussperrung in der Holzindustrie beginnen, sämtliche freigewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter in ganz Deutschland sollen auf die Straße geworfen werden. Die Löhne sollen hinabgedrückt, die Arbeitszeit soll verlängert werden. Die Metallindustriellen der Nordwestlichen Gruppe, die sich vom nördlichen Rheinland über das Ruhrgebiet bis Bremen hinzieht, wollen eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent diktiert. Die Bauarbeiter von Rheinland-Westfalen, die eben einen langen Kampf hinter sich haben einen neuen Schlag abzuwehren. Die Zechenherren pressen auf das Einigungsergebnis, das in Berlin durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zustande kam. Sie sind dabei, alle Bauarbeiter der Zechen und der Hüttenwerke auf die Straße zu werfen, etwa 20 bis 25 000 Arbeiter. Die rheinisch-westfälischen Transportarbeiter stehen im Streik, die Hafenarbeiter der Industriestädte ebenfalls. In erschreckender Weise häufen sich die Zechen- und Betriebskollapsen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Mittelsachsen. Noch läßt sich keine genaue Uebersicht gewinnen, doch es handelt sich bereits um Hunderttausende die von den Stilllegungen betroffen sind. Die Stilllegung der Keilberg-Werke in Hamburg ist ein Zeichen, daß es auch an der Wasserfront losgeht.

Gleichzeitig treten die Unternehmerverbände mit einer Denkschrift an die Luther-Regierung hervor, in der sie unter Berufung auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unerschöpfliche Forderungen stellen. Sie wagen die lächerliche Behauptung, daß die Löhne der deutschen Arbeiter 60 bis 100 Prozent über dem Friedensreallohn lägen, daß sie sich den Löhnen der englischen und französischen Arbeiter nähert hätten, daß aber dagegen die Produktivität der Arbeitkraft nur 70 Prozent der Vorkriegszeit betrage. Die Unternehmer verlangen Einleit aller staatlichen Wirtschaftsmittel zur Herbeiführung eines radikalen Lohnabbaus und eine weitgehende Verlängerung der Arbeitszeit. Sie berechnen voraus, daß durch die Industrie- und Agrarkrisis die Lebenshaltung der Arbeitenden ganz ungeheuer sich verteuern muß, hegen doch heute schon die wichtigsten Lebensmittel. Die Forderung der Unternehmer an die staatlichen Entscheidungsinstanzen ist: Keine Verbilligung der Verteuerung, sondern Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Doch die für Kapitalisten „naturgemäße“ rücksichtslose Ausnützung der Krise darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine sehr ernsthafte wirtschaftliche Krise tatsächlich besteht. Doppelt ernst, weil nach dem Kalender der Kapitalisten und Sozialdemokraten es im „Sonnenland der Dämmerung“ doch erst richtig sonnig werden sollte. Wir haben es mit dem ersten ernstlichen Dawes-Kraus zu tun. Durch hohe Zinssätze für die geliehenen Dollars wird das deutsche werftätige Volk ausgeplündert und die Produktion verteuert. Die Abspernung der deutschen Konkurrenz vom Weltmarkt, die Erdrosselung der deutschen Industrie durch die Dawes-Bestimmungen machen sich scharf bemerkbar. Es ist der hauptsächlichste Zweck des Dawes-Paktes, die deutsche Konkurrenz zu vernichten, die konkurrierende Industrie zu erdrosseln. Dazu besteht die Wirtschaftskontrolle der Dawes-Böge, dazu haben sie die Hand auf den Eisenbahnen und die Faust an der Gurgel der deutschen Wirtschaft.

Ueber diesen tatsächlichen Ernst der Wirtschaftskrise muß sich die Arbeiterschaft klar sein, wenn sie der Unternehmeroffensive wirksam entgegenzutreten und die richtigen Kampfmaßnahmen ergreifen will. Das bedeutet soviel, daß neben dem Kampf um den Friedensreallohn und um den Achtstundentag, neben dem Kampf gegen die Zölle, gegen die Lohnsteuer, gegen alle die arbeitenden Massen belastenden Steuern der Kampf national und international, gegen den Dawes-Pakt als die unmittelbare Ursache der Wirtschaftskrise geführt werden muß. Das bedeutet aber vor allem, daß beim Kampf um höheren Lohn und um den Achtstundentag nicht lange gestraft werden darf, ob sich die Forderungen der Arbeiter mit dem Dawes-Vertrag vereinbaren lassen.

Dieser zwingenden Logik der Tatsachen widersetzt sich der Bundesvorstand des ADGB, aufs bestmögliche. In seiner famosen „Rundgebung gegen die Unternehmeroffensive“ wird der Dawes-Vertrag völlig aus dem Spiel gelassen.

Die Kriegsgerichte sollen wieder eingeführt werden

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 15. Juni.

Vom Reichswehrministerium sind dem Reichstag zwei Gesetzesvorlagen zur Aufrechterhaltung der Manneszucht in der Reichswehr zugegangen. Nach diesen Vorlagen soll ein großer Teil von kriminellen Handlungen den ordentlichen Gerichten entzogen und der Militärjustiz überwiesen werden. Die Verordnung der Volksbeauftragten von 1918, welche die Kriegsgerichte aufhob, soll beseitigt werden.

Wirtschaftskämpfe im Reich

(Eigene Drahtberichte)

Transportarbeiterstreik im Ruhrgebiet

Bonn, 14. Juni. Die Transportarbeiter von Rheinland-Westfalen werden in den Streik treten, da die von dem sozialdemokratischen Reichs- und Staatskommissar Reichlich geleiteten Schiedsgerichtsverhandlungen über die Löhne gescheitert sind.

Lohnbewegung in der mitteldeutschen Metallindustrie

Die Vorstände der drei mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete Magdeburg, Dessau und Halle, haben gemeinsam den Tarif geschlossen. Am 16. Juni werden Verhandlungen stattfinden. In der Mitgliederversammlung der Magdeburger Metallarbeiter erklärte Genosse Kürtlich Bericht und formulierte unter allgemeiner Zustimmung folgende Forderungen:

Für Facharbeiter über 23 Jahre 72 Pf. Spigenlohn, für Angelernte über 23 Jahre 67 Pf., für den Angelernten über 23 Jahre 63 Pf. Die Sonderzulagen der in den Eisereien Beschäftigten soll auf 10 Pf. erhöht, der Lohn der Arbeiterinnen erheblich ausgießert den Lehrlingen die Schulzeit bezahlt werden. Ferner wird als Wochenlohn der Mittwoch (statt bisher Sonnabend) verlangt.

Die Holzarbeiterausperrung

Sonnabend sollten nach einem Beschluß der Holzindustriellen sämtliche freigewerkschaftlichen deutschen Holzarbeiter ausgesperrt werden. Die Aussperrung scheint jedoch lange nicht so geschlossen durchgeführt zu sein, wie es die Unternehmer angekündigt haben. Ein genauer Ueberblick über die Lage ist erst möglich, wenn nähere Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands eingegangen sind.

Der russisch-englische Handelsvertrag

(Eigener Drahtbericht)

London, 13. Juni.

Der Sowjetvertreter Kalarowski beabsichtigt nächster Tage nach Moskau zu fahren. Wie die „Times“ schreiben, wird er dort den Versuch machen, die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und England über einen Handelsvertrag wieder in Fluß zu bringen. Die englische Regierung hat die Verhandlungsbedingungen formuliert und man wird in Moskau beraten, ob eine neue Verhandlungsbasis sich schaffen läßt.

„Wetterleuchten der Weltrevolution“

Genosse Sinowiew über Marokko und China

Moskau, 13. Juni.

In einer Bezirksversammlung hielt Sinowiew ein Referat über die Ereignisse in China und führte aus: „In einigen Weltteilen gehen Proben von Ereignissen vor sich, die sich in der Zukunft in internationalem Maßstab entfalten werden. Eine solche Probe ist der Marokko-Krieg. Renaudel und Youhaux unterstützen sich der Arbeiterschaft im Jahre 1925 daselbst zu wiederholen, was sie 1914 gesagt haben; aber gegenwärtig ist es viel schwerer etwas vorzuliegen als 1914, da es jedermann versteht, daß ein kleines, um seine Unabhängigkeit kämpfendes und niemand bedrohendes Volk angegriffen wurde. Es handelt sich um einen unerbittlichen imperialistischen Räuberakt. Zehn Jahre sind jetzt dem Ausbruch des Krieges verflossen, zehn Millionen Menschen wurden ermordet und gerade Frankreich hat am meisten gelitten, trotzdem wird die französische Bourgeoisie bei ihrer imperialistischen Aktion von den Menscheviki unterstützt. Diese kleine Probe ist ein anschauliches Vorzeichen dafür, wie die 2. Internationale im Falle des Versuches der Bourgeoisie, einen zweiten Weltkrieg zu beginnen, handeln und was sie der Arbeiterschaft sagen wird. Gleichzeitig zeigen die französischen Ereignisse, daß wenn es im imperialistischen Krieg einen Liebling gab, im kommenden Weltkrieg hunderte Lieblinge sein werden. Die französische Bruderpartei handelte, wie es einer Komintern würdig ist.“

Die Schanghaier Ereignisse sind an sich nicht gewaltig, im Weltmaßstab aber sind sie eine kleine Probe für gewaltigere Ereignisse. Die sechs-millionenköpfige junge chinesische Arbeiterklasse stellt gegenwärtig Forderungen auf, wie der Achttundentag, für die Kinder- und Frauenarbeit und die Sonntagsruhe. Forderungen, die vor sechzig und mehr Jahren aufgestellt worden. Gegenwärtig fliehen der Strom der Arbeiterbewegung und der Strom der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung ineinander, und dieser vereinigte Strom wird immer stürmischer. Deutlich das gesamte chinesische Volk, mit Ausnahme der Mandarine und der reaktionären Generale schließt sich der Befreiungsbewegung an. Es wird immer klarer, daß das Proletariat diese Bewegung führen wird, da es keine andere Kraft außer der Arbeiterklasse, wie schwach und unorganisiert sie auch sein mag, gibt, die

die Befreiungssache zu Ende führen könnte. Man braucht kein Prophet zu sein um vorauszu sehen, daß nach dem Schanghaier Massenmord die chinesische Arbeiterschaft die Luft verfühlen wird, sich zu bemächtigen, um zur gegebenen Zeit zu einem klugen Selbstschuß gegen imperialistische Angriffe zu greifen.

Noch unsere Generation wird es erleben, wie die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung zum direkten Bestandteil der Weltrevolution werden wird.

Wir sehen mit dem größten Stolz, daß die Bewegung in Schanghai von der jungen Kommunistischen Partei und vom jungen kommunistischen Jugendverband geführt wird gegenwärtig entstehen in China spontane zahlreiche Kampforganisationen, die wahrscheinlich in naher Zukunft ein bestimmtes Programm aufstellen werden.

Das chinesische Proletariat wird sich mit dem Zehntundentag nicht zufriedengeben, es wird den Achttundentag fordern. Die Forderung nach einem vereinigten, freien und unabhängigen China, nach einer freigewählten Nationalversammlung als provisorische Regierung für die Führung des antiimperialistischen Kampfes, wird laut werden. Wenn chinesische Delegationen sich nach Europa begeben werden, um der öffentlichen Meinung die wahre Sachlage mitzuteilen, werden auch die europäischen Arbeiter Delegationen nach China entsenden müssen.

Die englischen Gewerkschaften erfüllen gegenwärtig ihre proletarische Pflicht, indem sie gegen die Handlungen ihrer Bourgeoisie in China protestieren und zum ersten Mal nach der chartistischen Bewegung als Internationalisten auftreten. Leider erfassen noch lange nicht alle europäischen Arbeiter die Bedeutung und Tragweite des Befreiungskampfes der Werttätigen des Ostens, deren Erwachen die unumgängliche Voraussetzung für die Befreiung des Proletariats des Westens ist. Die Ereignisse in Schanghai, in Marokko und auf dem Balkan sind traffe Beweise für die richtige Einschätzung der Weltlage durch die Komintern. Die Teilniederlagen im Westen werden durch den Orient kompensiert. Die chinesischen Ereignisse sind das Wetterleuchten der Weltrevolution, die Einleitung zu gewaltigen Ereignissen, die unsere Generation miterleben und an denen sie mitkämpfen wird.“

Abbau der Republik auf altem Wege

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juni.

Nachdem in der Gesamtsitzung des Reichstages der demokratische Abg. Koch bei der Beratung des Etats des Innern für eine „Verfassungsreform großer Stil“ eingetreten war, von der Regierung aber forderte die Richtung der von ihr angeführten Reform zu verstanden, nahm der Reichsinnenminister Schiele das Wort. Er erklärte, daß der Reichsinnenminister in „nationalen“ Fragen kein Programm entwerfen würde, war enttäuscht. Die Frage, wie er zur Verfassung seine herabgewandte er folgendem: „Diese Frage hat eigentlich schon dadurch, daß ich der Gedanke auf die Verfassung geleitet habe und durch die Übernahme des Ministeriums ihre ausreichende und größtmögliche Geltung gefunden. Ich erlaube hier noch einmal ausdrücklich, daß ich die geltende Verfassung als bindendes Recht und als die verfassungsmäßige Grundlage meiner amtlichen Tätigkeit ansehe.“ Er hob aber sofort hervor, daß er für seine persönliche Auffassung alle Forderungen, die der Artikel 118 der Verfassung allen Beamten zustehe, danach sei kein Beamter gehandelt, die Interessen der Partei, der er angehört, und deren Einfluß er vielleicht ein Amt verleiht wahrzunehmen. Das heißt, in deutsch-nationaler Beachtung überlegt. Das erlaubt mir, in meinem Mini-

sterium langsam, aber sicher den Abbau dieser Republik vorzunehmen.

Zur Frage der Reichsfarben erklärte Schiele, daß die Farben Schwarz-rot-gold, die ja nun einmal in der Verfassung festgelegt seien, keinen Schutz genießen würden. Auch für die Kreise, die Schwarz-weiß-rot anstreben, sei Schwarz-rot-gold immer ein Symbol gewesen, dem sie tiefste Verehrung entgegenbrächten.

Abg. Rube (Böhmisch) betonte gegenüber den deutsch-nationalen Abgeordneten, daß sie die Einheitsfront bei der Wahl Hindenburg nicht deshalb mitgemacht hätten, damit alles beim Alten bliebe. Mit aller Schärfe forderte er, daß der Staatspräsident beim Reichspräsidenten, Meißner, der auch schon zu Eberts Zeiten der Berater des Präsidenten gewesen sei, von diesem Platz verdrängt werde. Er müsse durch einen Mann ersetzt werden, der in die heutige Zeit hineinpaßt. Außerdem forderte er vom Reichsinnenminister Schiele, zu dem die Böhmischen volles Vertrauen hätten, daß er in seinem Ministerium aufräume.

Rosenfeld (SPD.) war von dem Ton der Schiele-Rede nicht befricdigt. Das Republikungsgesetz hält der Redner noch für unarbeitsfähig, aber der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik muß schleunigst beseitigt werden, denn er ist nicht mehr aus Republikanismus zusammengeleht. Der Abschlußprozeß habe gezeigt, daß von diesem Gerichtshof Unparteilichkeit nicht zu erwarten sei.

Der Redner der Kommunistischen Partei spricht in der Montags-Sitzung des Reichstages, die auf 2 Uhr festgesetzt wurde.

Es ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft, wenn der ADGB-Bundesauschuh sich bereit erklärt, im Rahmen der bisherigen Arbeitszeit und der heutigen Löhne und für die Kapitalisten

„alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterlassen“

Das bedeutet doch nichts anderes, als daß der ADGB, den Arbeitnehmern bei verschärfter Antreiberei helfen will. Denn eben durch immer schlechtere Arbeitsbedingungen wollen doch die deutschen Unternehmer, wenn es auch ausichtslos ist, ihre Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen. Je billiger die deutsche Arbeitskraft ist, um so weniger sind die Unternehmer gezwungen, ihre technischen Einrichtungen auf den höchstmöglichen Stand zu bringen. Selbst wenn der ADGB, durch Verbesserung der technischen Mittel die Produktivität steigern wollte, könnte er auch zu diesem Zweck nur den schärfsten Kampf um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit führen.

Aber der ADGB-Vorstand will nicht kämpfen. Er appelliert an den „Schutz und Bestand“ der großkapitalistischen Luther-Regierung. Der Bundesauschuh des ADGB hat am Freitag zur Volksfrage Stellung genommen und ebenfalls keinerlei Einlass außerparlamentarischer Machtmittel ins Auge gefaßt. Der ADGB-Vorstand fürchtet um den Dawes-Vertrag, er will weiter den Kapitalisten helfen den Dawesplan durchzuführen, was nur auf Kosten der Arbeitenden geschehen kann.

Die deutsche Arbeiterschaft muß den ADGB-Anhänger unverblümt sagen, daß sie diesen Weg ablehnt. Die erste ernste Krise der Dawes-Forderung zeigt, was die Arbeiterschaft an unerträglichen Leiden in Zukunft zu erwarten hätte, wenn sie den bisherigen Weg des ADGB-Vorstandes weiter ginge. Die letzte Dawes-Krise zeigt schon deutlich genug, daß in Deutschland es unmöglich ist, mit dem privatkapitalistischen System die arbeitende Bevölkerung am Leben zu erhalten. Und darum ist die deutsche Arbeiterklasse gezwungen, nicht nur jede weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage einzusparen und geschlossen abzuwehren, sondern bewußt und systematisch mit harter Faust in die Wirtschaft einzugreifen, um die Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeitenden zu erkämpfen. Gerade die freien Gewerkschaften haben die Pflicht, alles einzusetzen, damit in Deutschland die Produktion unter Arbeiterkontrolle weitergeführt wird mit dem nächsten Ziel, sämtliche Erwerbslose in den Produktionsprozeß einzureihen und die Existenz eines jeden Arbeitenden zu sichern. Die freien Gewerkschaften haben es mit allen Kräften zu unterziehen, daß die von Stilllegung bedrohten Betriebe unter Kontrolle der Belegschaften weiter geführt werden und wenn der „Vorwärts“ noch so erschreckt vor dieser Art „Betriebsbesetzung“ sich entsetzt. Dieser Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den Dawes-Plan, gegen die Kontrolle und Ausbeutung der Entente-Kapitalisten. Dieser Kampf gegen den Dawes-Plan muß von der Arbeiterklasse international geführt werden und es ist die deutsche Arbeiterklasse, die darum am Zustandekommen der gewerkschaftlichen Einheit das dringendste Interesse hat. Ein Hinweis auf die Möglichkeiten der Wirtschaftsverhältnisse mit Sowjetrußland verhält sich noch die Gründe.

Der erste Schritt auf diesem Wege, den die deutsche Arbeiterschaft tun kann, ist die wichtige und rücksichtslosige Abwehr der Unternehmerröfienisse. Die deutsche Arbeiterschaft muß mit aller Energie verlangen, daß der ADGB-Vorstand alle Machtmittel der freien Gewerkschaften einsetzt, um jede Verschlechterung abzuwehren, den Achttundentag durchzusetzen, die Forderung der Lohnsteuer zu stellen, die Abschaffung aller die Massen belastenden Steuern durchzusetzen. Die Leute auf die Straße geworfenen Holzarbeiter dürfen nicht im Stich gelassen werden. In ihrer Unterstützung müssen sofort lebenswichtige Industriearbeiter in den Kampf einbezogen werden. Selbstverständlich ist der Kampf gegen die Unternehmerröfienisse gleichzeitig ein Kampf gegen die monarchistische Kaiser-Regierung.

Die oppositionellen Mitglieder in den Gewerkschaften und die Kommunistische Partei sind bereit, jede Aktion der Arbeiterschaft und der freien Gewerkschaften gegen das Unternehmertum mit allen Kräften innerhalb und außerhalb des Parlamentes zu unterstützen.

Jede aller Notleidenden Arbeiter ist es, mit allen Kräften dafür zu wirken, daß die einzige rote Front gegen die Dawes-Bande geschlossen wird und daß die freien Gewerkschaften wieder zu einer scharfen Waffe des Proletariats werden.

Ein Oberrittermördel

Der Roman einer Illusion.
Von Otto Müller-Glinz.

Während Sievers noch opponierte: „Gar nicht so schlecht.“ dachte er für sich bereits: „Er hat allerdings nicht nur die Seite, sondern auch die andere Seite der Medaille.“ Als er aber Segemeier wiederholt loben sah, bekräftigte er noch: „Die Seite ist wirklich ganz nett.“ Da lächelte Segemeier noch offener. „Nun, was heißt nett? Ich meine's doch! Aberarbeiten werden hier verbannt, Aberarbeiten, wie Sie das nicht als Gemeinheiten fertigmachen. Und damit beschäftigen sich Männer, die sich als Kulturveranstalter der bürgerlichen Klasse fühlen. Solche Ereignisse zu einer Zeit, in der die Arbeiterklasse immer um ihre Existenz kämpft, in der ein Krieg droht, in der ungeheure Kräfte der Wirtschaft erschüttert und riesige Arbeitslosigkeit große Teile der Arbeiterschaft heimsucht... in solcher Zeit...“ Doch damit kam er bei Sievers' Lob auf. Mit Arroganz und in gereiztem Tone entgegnete er: „Nun, lassen Sie doch Ihre Volkserziehung, damit räumen Sie doch gebildeten Menschen nicht.“ Was heißt gebildet, mein Lieber! Das ist ein elendes Schmeichelei, die als man es in Volkserziehungen findet“, erwiderte Segemeier lachend. Es hätte sich jetzt am liebsten ein Streit zwischen ihnen entzündet, wenn nicht in diesem Augenblick eine Erscheinung aufgetaucht wäre, die dem Gespräch zunächst eine andere Richtung gab. Diese Erscheinung hatte ein Gesicht, das sich mit einer Stimme, die ausnehmend von einem Feindenden ausging, Roja als Herrmann Kobenstein vorstellte. Nachdem er sich um ihr mit großem Interesse befragt hatte, drückte Kobenstein Sievers und Segemeier herzlich die Hand, wobei er jedoch bemerkte: „Eine solche Entzweiung, was? Ich habe gar nicht geglaubt, daß der blaue Kalmück ein so potenter Erzieher sein könnte.“ Segemeier, der in dieser Bemerkung eine gewisse Zurechtweisung in dieser Hinsicht sah, antwortete nicht. Sievers sah, wie er Kobenstein genau betrachtete. Roja hätte nicht gemerkt, was sie sagen sollte, zumal sie auch ganz mit der heimlichen Betrachtung dieser Erscheinung beschäftigt war. So sah Kobenstein einige Minuten nach der Begrüßung und verließ dann portlos die Loge.

Roja sah ihn noch nach, denn er interessierte sie. Jemandem war sie bei der Betrachtung an Empfindungen erinnert worden, die sie als Kind Bettlern gegenüber gehabt hatte: aus Mitleid, Abneigung und Jähzucht zusammengesetzte Empfindungen. Hatte man Kobenstein's Gesicht genau gesehen, so blieb es unvergänglich in der Erinnerung haften. Es erinnerte an jene Menschengedächter, von denen der Volksmund sagt, daß man ihnen „ein Vatermörder durch die Nasen blauen könne. Offenbar hatte Kobenstein viel geknauert und geklitten. Sein Gesicht sah zudem ziemlich häßlich aus, wie das Gesicht von Männern, die einen starken Bartschwamm haben und sich seit Jahren täglich rasieren. In seinen Augen aber lag etwas Jähzucht-Entscheidendes. Solche Augen konnte nur ein Mensch haben, der als einzelnes Individuum gegenüber den sozialen Mächten schon mit allen Waffen sich verteidigen mußte. Da war in Kobenstein umgewirkte Intelligenz, verbunden mit großer Energie, die sich in Momenten der Gefahr bis zur Lebensverachtung und zur Größe in den Handlungen steigerte, daneben aber jähzuchtige Leidenschaft hervor, die sich zum Rache und zur Gemeinheit steigerte. Hier hatte ein sozialer Kampf eines Einzelnen gegen die herrschende Gesellschaft ein mächtiges, nicht bewußtes Beispiel der menschlichen Gattung geschaffen.

Seine Kleidung war wie dazu geschaffen, Kobenstein als noch höher erhaben zu lassen. Er trug in einem bis zur Verhöhnung zerbissenen schabigen Schrock, einem schrecklich hohen steifen Kragen, der mit dem langen Hals um die Kehle immer noch höher hinaufgeworfen schien. Der Kragen war früher gewiß einmal weiß gewesen, nun aber längst verbläut und ausgefranst. Um ihn herumgedrückt lag er verächtlich und stolz, nur noch annähernd weiß. Seine Ähre steckte in demselben schabigen Schrock.

„Roja“, fragte Segemeier in der Absicht, dem „Erzieher“ noch weiter zuzusetzen, „behalten Sie diesen Kobenstein in der Hand? Er ist doch Ihr Kollege im Klub?“ „Sein Mitglied!“ entgegnete Sievers, in demselben Schrock. „Was heißt sein Mitglied? Sie haben kein Recht, ihn so von den Händen zu betreiben. Er ist schließlich der Begabteste in dem ganzen Klub, wenn man hier von Begabung überhaupt reden kann.“ Sievers betrachtete ihn Gegenüber interessiert und dachte: „Wenn der Klub nicht Rebellen der „Volkserziehung“ wäre und einem gelegentlich ein ausnehmendes Individuum würde, ich ihn ebenfalls ignorieren wie den Kobenstein.“ „Roja“, fragte Sievers interessiert, „kennen Sie denn den Kobenstein näher?“ „Ja, ja, ja,“

ja, ich war einige Male bei ihm und ließ mich von seiner Frau einige Manuskripte abschreiben. Sie hatte einmal infiziert und sich dafür empfohlen.“ „Was, der hat eine Frau?“ „Ja, Frau, was heißt Frau! Er lebt ganz einfach mit einer Frau von Osteln zusammen.“ „Ach, auch noch eine Adlige?“ „Ja“, lachte Segemeier, „sogar eine Adlige.“ „Unglaublich, dieser Kobenstein“, sagte Sievers und schüttelte den Kopf. „Was heißt unglücklich! Dieser Kobenstein ist ganz einfach ein Original. Als Waisenkind ist er von einem Pastor erzogen und ausgebildet worden. Schon als zehnjähriger Knabe hat er einen Kredit erhalten müssen, dann hat er das Gymnasium besucht, ist ausgereist und hat die halbe Welt gesehen und hat mehr als zehn Jahre in Gefängnissen, Zuchthäusern und Irrenhäusern verbracht.“ „Und da ist er Mitglied unseres Klubs?“ „Tragte Sievers entsetzt. „Nur seine moralischen Schwächen, mein Lieber! Trotz seines bewegten Lebens ist er mir wertvoller als das ganze Duzend Dilettanten, das sich hier lüthlich ausbreitet und sich im übrigen von der Frau Rama ernähren läßt. Dieser Mensch aber hat ein Leben lang mit den herrschenden Mächten geigen, und wenn es auch ein sinnloser Kampf war, weil er nicht den Weg zur Arbeiterklasse fand, so war es doch ein Kampf. Was aber werden denn die Leute einmal tun, die sich hier produzieren, wenn sie Mama und Papa nicht mehr ernährt? Werden sie sich dann auf anständiger Weise ernähren können? Sie werden sich hüten vor der herrschenden Klasse und ihre Diener werden. Der eine wird viel leicht ein hungeriger Proletariat, der im Interesse der Kapitalisten die Arbeiterschaft begeistert und der andere wird vaterländische Romane schreiben und was weiß ich noch. Und das ist die Welt, die wird Euch wahrscheinlich zwingen, wenn das ein angetrautes Weib nicht mehr genügt, Euch dann nebenbei zu das Dienstmädchen zu fügen. O, geht mir, Ihr elenden Egoisten, die Ihr alle in die Fußstapfen Eurer Väter tretet.“

Die Kunst hat gar nichts mit Politik zu tun, wir treiben keine Politik, verhalte sich der Erzieher zu retten. „Ach, was Sie nicht sagen! Was heißt Politik? Das war wohl keine Politik, was da Ihr famoser Präsident in seiner Begabung ergriffen hat. Er hat Herrscherhufe und so weiter. Nein, das war keine Politik!“ überfuhr ihn Segemeier. „Roja, das waren ein paar harmlose Worte“, entschuldigte sich Sievers, der sich ärgerte, daß er überfuhr war.

(Fortsetzung folgt.)

Der Unabhängigkeitskrieg der Rifabnen

Von Ali-Kemal Kaouladi

Ein Ehrenplatz auf der anti-imperialistischen Front gebührt den tapferen Kämpfern des Rif, die nicht mehr als 300.000 an der Zahl sind und unter der Führung von Abd el Krim jetzt fast ein halbes Jahrzehnt gegen die Horden des Imperialismus kämpfen. Von ihrem kleinen Landstrich aus, der sich von der Küste des Mittelmeeres als ein dreieckiger Keil zwischen die spanische und die französische Zone verschiebt, liefern die Rifabnen der spanischen Belagerungsarmee ihre Kämpfe und errangen im Jahre 1923 ihren klaffenden Sieg von Anual, wo ein ganzes spanisches Armeekorps mit Generalen und allem Dazugehörigen gefangen genommen wurde. Im Dezember 1924, als die erneute spanische Offensive unter der persönlichen Leitung des spanischen Militärdiktators Primo de Rivera sich endgültig am Widerstande der Rifabnen gebrochen hatte, jagte Abd el Krim die Spanier bis zur Küste, wo die Anwesenheit von spanischen Kriegsschiffen allein die im Rückzuge befindlichen Ueberreste der Besatzungsarmee vom Untergang rettete.

In der Zwischenzeit hielt sich Chautech, der französische Kommissar in Marokko, in Bereitschaft für den geeigneten „politischen Augenblick“, um sich gegen die Rifabnen zu stützen. Er hatte von den einander folgenden Regierungen Poincaré und Herriot in Paris die notwendigen Verstärkungen an Mannschaften und Geldmitteln verlangt und erhalten, für das, wovon er sehr genau wußte, daß es einmal eingesetzt, die Ausnahme eines Kolonialkrieges annehmen und nicht innerhalb der Rahmen einer Kolonialpolitik gegen ein rebellisches Stammesoberhaupt bleiben würde. Denn Abd el Krim — wie Chautech, der ja an Ort und Stelle weilt, wohl wissen mußte — ist mehr als ein rebellisches Stammesoberhaupt; er personifiziert einen Weltfaktor in dessen kritischer Anwendung auf Marokko; er ist der Führer einer revolutionären Bewegung zur Bekämpfung der imperialistischen Herrschaft. Wenn auf moralischem Gebiete Abd el Krim und Chautech zwei gegensätzliche Weltfaktoren darstellen, so ist auf technischem Gebiete, wenn man von dem Unterschiede zwischen einer großen Militärmacht wie Frankreich und dem kleinen Rif abliest, Abd el Krim ein nicht weniger ernst zu nehmender Gegner, da seine Kriegsstrategie und seine Ausrüstung modern sind.

Während Chautech sich bereit machte, gelangte die diplomatische Vorbereitung der französischen Offensive gegen die Rifabnen in Paris nach langen Windungen an ihren Höhepunkt. Es geschah nicht aus Liebe zur Unabhängigkeit der Rifabnen, daß die französische Regierung ihren Staatsbürgern gestattete, Abd el Krim Waffen und Munition zum Gebrauche gegen Spanien zu liefern. Und wenn die britische Regierung ihrerseits ihren eigenen Staatsbürgern die gleiche Freiheit gewährte, geschah das ebenfalls nicht aus Liebe. Die französische Regierung, die als der geheime Beauftragte der französischen Bankleute wirkte, die auf die reichen Erportkommen des Rif schielten, wollte Spanien als einen möglichen Mittelhaber des Rif aus dem Wege geräumt wissen. Wenn Spanien offenbar außerstande sein sollte, das ihm Zukommende in seiner eigenen Zone festzuhalten, also außerstande, die Bedingungen des Abkommens von Algiercas zu erfüllen, würde die Gelegenheit diplomatisch rechtsgültig für Frankreich werden, sein Gebiet in Marokko auf den Norden bis zum Mittelmeer auszu dehnen.

Gerade um diese Möglichkeit, nämlich das Erscheinen Frankreichs auf der Küste des Mittelmeeres gegenüber Gibraltar zu vermeiden, war England durch den Bankrott Spaniens, also einer imperialistischen Macht, gezwungen, auf die Möglichkeit zurückzufallen, aus dem Rif einen Pufferstaat zu schaffen, indem es Abd el Krim inoffiziell Hilfe zukommen ließ. So nahmen aus einander diametral entgegengesetzten Gründen England und Frankreich während des Krieges zwischen Spanien und dem Rif eine gleiche Haltung ein. Die Spannung der englisch-französischen Rivalität in Marokko würde die Erstörung von Chautechs Offensive auf das Rif ins Unbestimmte verzögert haben, wenn nicht inzwischen eine gewisse Verständigung zwischen den Aufkeimern der Franzosen und Englands erzielt worden wäre, daß Großbritannien in Ägypten völlig vorherrschend und Frankreich in Marokko Spaniensfreiheit erhalten sollte.

Da nun die diplomatischen Manöver vorbei waren, fand Chautech den nötigen Vorwand, Abd el Krim den Krieg zu erklären. Die Grenze zwischen dem Rif und der französischen Zone war abfichtlich unbestimmt gelassen worden, obgleich Abd el Krim bei verschiedenen Gelegenheiten um eine genaue Grenzbestimmung ersucht hatte. Chautech gebrauchte den Vorwand, dem Ersuchen Abd el Krims nicht nachzukommen, weil der Führer des Rif nicht eine „juristische Person“ sei, mit der man „Verhandlungen“ führen konnte, aber — wie dies Briand vor kurzem auslegte — waren bloße „Unterredungen“ möglich. Es gibt jedoch in dem unbestimmten herrrenlosen Lande zwischen den Grenzen des Gebietes von Algiercas, aus dem das Rif einen Teil seiner Nahrungsmittel bezieht, das Erscheinen von Rifsoldaten im Gebiete von Algiercas, aber ohne kriegerische Gründe, lieferte Chautech den Ausgangspunkt für seinen langvorbereiteten Angriff gegen Abd el Krim.

Alle imperialistischen Kriege sind im Grunde Angriffskriege. Der französische Krieg gegen das Rif ist ein solcher Krieg sowohl in seinen Ursachen, wie auch nach der Art und Weise, in der er durch den General de Chambrun eröffnet wurde, der unter dem Befehle des Feldmarschalls Chautech nicht der wieder durch die Regierung Galloux-Briand-Painlevé beauftragt ist, die mit Unterstützung der Sozialistischen Partei eine schamlose Politik imperialistischer Angriffe im Interesse der Banditen der Hochfinanz führt.

Abd el Krim hat die Herausforderung Chautechs angenommen. Die Rifabnen kämpfen mit ihrer gewohnten Tapferkeit. Die Tagesberichte von der kommunistischen Partei Frankreichs kürzlich in einer Debatte in der Abgeordnetenkammer darlegte, sind die Augen des gesamten Volkes auf das Rif gerichtet. Soriot hätte ebensogut sagen können, daß die Augen aller unerschrockenen Völker Mexicos und Afrikas auf das Rif gerichtet sind. Auf diesem schmalen Landstrich in der Nordwestecke Afrikas ist der Imperialismus in engster Handgemeinsamkeit mit seinem vom Schicksal bestimmten Feinde. Es ist dies der Beginn einer der letzten Phasen im imperialistischen Zusammenbruch. Der Zusammenbruch ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die sich augenblicklichen oder örtlichen Rückschlägen zum Troste durchsetzen wird.

Ein neues Element ist in die Weltpolitik eingetreten, das diesen Zusammenbruch beschleunigt. Es ist das Solidaritätsstreben, das das vorgeschriebene Proletariat der imperialistischen Länder gegenüber den unterdrückten Völkern Mexicos und Afrikas empfindet. Die Solidarität ist die unabsehbare Solidarität gemeinsamer Interessen, denn sie haben gemeinsam einen Feind: den Kapitalismus und Imperialismus.

Die kommunistische Partei Frankreichs, die das vorgeschriebene Proletariat Frankreichs vertritt, hat sich bei dieser Gelegenheit auf die Seite der Rifabnen gestellt. In ihren Manifesten hat sie ihre völlige Solidarität mit der Sache der Unabhängigkeit der Rifabnen erklärt. Das der Debatte der Abgeordnetenkammer fernab haben kommunistische Redner das unabsehbare Recht der Rifabnen auf Selbstbestimmung verteidigt. Sie haben nicht verlangt, sie hätten die Räumung von Marokko überhaupt gefordert. In der kommunistischen Presse und von kommunistischen Rednerzungen herab ist das französische Proletariat daran gemahnt worden, daß die Rifabnen die Solidarität der gleichen Unterdrückten sind. Ihres revolutionären Bewusstseins würdig hat die kommunistische Partei Frankreichs den französischen Soldaten in Marokko die Löhne gestrichelt. Sie verbrüdernd auch mit den Rifabnen.

Das Exekutivkomitee zur Lage in der deutschen Partei

Nach Anhörung des Besichts des Genossen Besche und nach Kenntnisnahme der Beschlüsse der letzten Tagung des Zentralausschusses der KPD, beschließt das Exekutivkomitee der KPD:

1. Die Beschlüsse, die auf der letzten Tagung des Zentralausschusses der KPD gefaßt worden sind, zu billigen und die falsche Taktik der Minderheit der Zentrale der KPD zu verurteilen.

2. Die KPD ist die einzige Partei, die nicht nur den Kampf um die Diktatur des Proletariats führt, sondern auch entschieden und konsequent gegen die Monarchie und die monarchistische Gefahr kämpft. Die sozialdemokratischen Führer haben nicht nur in den Kriegsjahren 1914/18, sondern auch zu Beginn der deutschen Revolution bis zum letzten Augenblick an der Monarchie festgehalten. Die sozialdemokratischen Führer denken auch heute an keinen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Gefahr und werden in Wirklichkeit ein Einvernehmen mit Hindenburg und den hinter ihm stehenden Kräften erstreben.

3. Die Hauptschuld an der gegenwärtigen Lage (Stärkung der Reaktion, Wahl Hindenburgs) trifft die Sozialdemokratische Partei. Die Aufgabe der KPD besteht nicht nur darin, die wirklichen Schuldigen an der gegenwärtigen Lage zu entlarven, sondern vor allem darin, die neuen Möglichkeiten zur Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter auszunutzen. Denn die sozialdemokratischen Arbeiter nehmen in der Frage der monarchistischen Gefahr und des Kampfes für die Republik eine ganz andere Stellung ein als die gegenrevolutionären Führer der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden allmählich in den wirklichen revolutionären Kampf gegen die Gefahr der monarchistischen Restauration hineingezogen werden.

4. Alle Mitglieder der KPD müssen sich darüber im Klaren sein, daß die auf der letzten Tagung des Zentralausschusses beschlossene Politik keine Politik der Koalition mit der Sozialdemokratie, noch weniger mit den bürgerlichen Parteien ist — sie ist die Anwendung der Taktik der Einheitsfront unter neuen Bedingungen, wo die Frage der Monarchie und der bürgerlichen Republik eine aktuelle Bedeutung gewinnt. Die monarchistische Gefahr bedeutet in einem solchen Lande wie Deutschland nicht nur die Stärkung der Reaktion innerhalb des Landes und die Verschlechterung der Klassenposition des deutschen Proletariats, sondern vor allem und in erster Linie die Gefahr eines neuen europäischen Krieges, der blutiger und reaktionärer als der Krieg von 1914/18 sein würde. Die Dinge liegen so, daß die kommunistische Partei entweder sich an die Spitze des Kampfes gegen die monarchistische Gefahr stellt und die Hegemonie in diesem Kampf gewinnt, oder daß ihr Einfluß unter den Arbeitern zurückgehen wird.

5. Um instande zu sein, diese Aufgaben zu erfüllen, muß die KPD unter allen Umständen nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit die Taktik des Mandrierens erlernen. Sonst wird die Partei für jede Lehre des politischen Kampfes teuer bezahlen müssen. (Siehe die Präsidentenwahlen.)

6. Die Art, wie die Gruppe Kay, Schölen und Rosenberg die Frage stellt, reduziert sich auf die Behauptung, daß es den Kommunisten gleichgültig sei, ob Monarchie oder bürgerliche Republik und auf die praktische Ablehnung des Mandrierens in der gegebenen Situation. Dieser Standpunkt hat mit Bolschewismus nichts gemein.

Die Art des Auftretens der drei genannten Genossen und ihrer Gruppe auf dem 31. hat die Partei gehemmt, die notwendigen Lehren aus den Ereignissen zu ziehen und die praktische Durchführung der Beschlüsse gestört.

7. Das Wichtigste, das ist die Aenderung der ganzen Agitation der Partei in den Betrieben, in der Presse, in den Parlamenten usw. Jeder Arbeiter muß fühlen, daß die Kommunisten der Wahl Hindenburgs eine ungeheure Bedeutung beimessen, als einem Ereignis, das das Vorhandensein einer großen monarchistischen Gefahr zeigt; daß das eine große internationale Bedeutung besitzt, das die Gefahr neuer Kriege bedeutet usw.

8. Ohne die Kritik an den sozialdemokratischen Führern abzuweichen, wobei besonders jede neue Schwächung dieser Führer zur Rechten hin (und wahrscheinlich persönlich Hindenburg gegenüber) angeprangert werden müssen, ist es notwendig, gleichzeitig einen neuen Ton gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern anzuschlagen, wobei mit allen Kräften die Bereitschaft betont werden muß, vieles von dem, was die kommunistische Partei von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt, im Namen des gemeinsamen Kampfes gegen die monarchistische Gefahr zurückzustellen. Unser Ziel ist die gemeinsame Front gegen das Kapital, gegen neue Kriege und gegen die monarchistische Gefahr.

9. Es ist notwendig, allen Mitgliedern der KPD und allen Arbeitern klarzumachen, daß die Hauptsache die Annäherung an die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben ist und nicht parlamentarische Kombination. Der Gedanke der Bildung gemeinsamer Komitees in den Betrieben unter der Führung „Oegen die Monarchie“, „Oegen die Offensivdes Kapitals“, „Oegen einen neuen Krieg“ muß in den Vordergrund gerückt werden.

10. Es ist notwendig, die neue Taktik der Partei anlässlich der monarchistischen Gefahr mit unserer Taktik in der Frage der Einigkeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu verbinden. Auch innerhalb der Gewerkschaften muß die Frage der monarchistischen Gefahr klar gestellt werden.

11. Der Rote Frontkämpfer-Bund muß an das Reichsbanner Schwarz-rot-gold einen offenen Brief mit dem Vorschlage des gemeinsamen Kampfes gegen die Monarchie richten. Unsere Forderung ist: Ueberal, wo Ihr gegen die Monarchie kämpfen werdet, werden wir Euch bedingungslos unterstützen.

12. Es ist notwendig, in entschiedener Form eine gemeinsame Aktion der KPD und der KPD Frankreichs (und überhaupt von Arbeiterorganisationen Deutschlands und Frankreichs) in der Frage der Gefahr des Krieges, der monarchistischen Restauration, zu organisieren.

13. Was die parlamentarische Taktik anbetrifft, so muß die Partei folgendes im Auge behalten: während wir im wirklichen Klassenkampf nur zwei bis zu Ende konsequente Lager sehen, die Monarchisten einerseits und die Kommunisten andererseits, kämpfen in parlamentarischen Leben sowohl im Reich als auch in den einzelnen Parlamenten drei Lager. 1. Die monarchistische Bourgeoisie. 2. Die republikanische Bourgeoisie und die Sozialdemokratie und 3. die Kommunisten. Dabei ist das parlamentarische Verhältnis oft so, daß die Kommunisten das „Jünglein an der Wage“ darstellen.

Die Agitation und die Propaganda im ganzen Lande führen wir nicht unter der positiven Lösung einer republikanischen

bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung als Rettungsweg für das Proletariat, sondern unter der Lösung des Sturzes der monarchistischen Regierung. Im Kampfe gegen die monarchistische Gefahr unterstützen wir alle Kräfte, die diesen Kampf nicht mit Worten, sondern in der Tat führen.

Im Reichstag stimmen wir gegen die monarchistische Regierung und stürzen sie ab.

Was eine eventuelle Regierung der republikanischen Koalition anbetrifft, die an Stelle der Regierung Luther treten kann, so erklären wir, ohne daß wir versprechen, sie positiv zu unterstützen, dennoch, daß wir sie nicht stützen werden, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllt.

Solche Bedingungen können z. B. sein:

- a) Volle Freiheit der Agitation für die KPD und andere revolutionäre Parteien.
- b) Volle Amnestie für die revolutionären Kämpfer.
- c) Säuberung des Staatsapparates von faschistischen und monarchistischen Elementen.
- d) Beschleunigte Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages.
- e) Einheitsvoller Kampf für den Frieden.

In einer solchen Form und in einer solchen engen Verbindung mit allen Vorschlägen, die die Schaffung einer gemeinsamen Front in den Betrieben und Gewerkschaften betreffen, kann unsere Partei die Initiative zu den erwähnten Schritten aufnehmen.

Unsere Aktionen in den Parlamenten müssen unserer außerparlamentarischen Tätigkeit vollständig untergeordnet werden. Es kann keine Rede von irgendeinem Bündnis mit der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Republikanern nach der Art des Votabstimmens in Frankreich sein. Das würde den Untergang der kommunistischen Partei als einer selbständigen politischen Macht bedeuten. Unsere Partei muß in der gegenwärtigen Periode mehr denn je ihr politisches Gesicht wahren. Aber die Partei legt sich für einzelne parlamentarische Bestimmungen nicht fest. Fälle, wo wir unter bestimmten Bedingungen nicht gegen jene Regierungen stimmen, in denen die Sozialdemokratie eine Rolle spielt, um diesen Regierungen die Möglichkeit zu geben, einige Zeit zu existieren, um die Gegensätze zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zu vertiefen und um die Elemente der Doppelregierung im Lager des Gegners aufzuschulern. Dabei muß jede Abstimmung untererlei durch eine besondere Erklärung begleitet sein, die den breiten Volksmassen unsere Stellungnahme erläutert. Unsere Parlamentarismustätigkeiten müssen den Aufgaben der Aenderung der ganzen Agitation im Lande in dem oben erwähnten Sinne untergeordnet sein.

14. Besondere Sorgfalt muß die Partei bei der Durchführung der Beschlüsse in der Gemeindefrage verwenden. Die Stellung der KPD zur Wahl sozialdemokratischer Funktionäre in den Gemeinden darf auf keinen Fall zu einer rein parlamentarischen Behandlung zwischen SPD- und KPD-Stadtverordnetenfraktion oder gar zu einem dauernden Bündnis werden. In den Gemeinden ist die Stellung sehr einfacher, verständlicher Bedingungen, ihre Propagierung vor einer öffentlichen Versammlung oder in Betriebsversammlungen des betreffenden Ortes, die Voraussetzung für ein etwaiges Zusammengehen mit der Stadtverordnetenfraktion der SPD.

15. Der Kampf gegen die falsche Stellungnahme der Kay, Schölen und Rosenberg muß in der Form einer offenen auffällenden Diskussion geführt werden. Gleichzeitig muß die Partei die rechten Strömungen und Abweichungen bekämpfen.

16. Die Vorbereitung zum bevorstehenden Parteitag muß von einer breiten Erläuterungs- und Diskussionskampagne begleitet sein.

Die Genossen erleben aus diesem Beschluß die volle Uebereinstimmung zwischen der leitenden Körperschaft der Internationalen und der Partei. In der 3. Internationalen, in der es, um Unterschied, von der 2., eine einheitliche Führung gibt, die die Verantwortung dafür trägt, daß in jedem Lande die den Interessen des internationalen Proletariats dienende Politik von der kommunistischen Partei konsequent verfolgt wird, hat diese Zustimmung nicht nur formale Bedeutung, sondern sie gibt uns die Sicherheit, daß die KPD auf dem rechten Wege ist.

Die Resolution unterstreicht mit Recht, daß die Verleumdung eines unteren Kampfes gegen die monarchistische Gefahr und das Angebot eines Bündnisses an die SPD- Arbeiter zum gemeinsamen proletarischen Kampf nicht im mindesten und der Pflicht entbehrt, den schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Steigbügelhalter der Reaktion fortzusetzen und ihre Schuld an dem Wachsen der monarchistischen Gefahr nachzutreiben.

Eine zweite Bestätigung für die Richtigkeit unserer Taktik liefert uns das antipolitische Zentralorgan, der „Vorwärts“, durch seinen klaren Kommentar zu unseren Berliner Beschlüssen. Während es noch vor kurzem in der ganzen menschlichen Presse hieß, die Auseinandersetzungen in der KPD würden zum Zusammenbruch der Partei führen, bedeutet der „Vorwärts“ jetzt völlig, daß der „neue Kurs“ den Zusammenbruch vielleicht vorübergehend aufhalten wird. Wir glauben, der „Vorwärts“ wird das 20. Jhd. geben des Zusammenbruchs der KPD, noch sehr oft feststellen müssen, als er den Zusammenbruch prophezeit.

Besonders lächerlich ist es, wenn der „Vorwärts“ seiner kollektiven Voraussicht den kommunistischen „Vorwärts“ entgegenstellt, der den Gang der politischen Ereignisse nicht begreifen kann. Es ist noch nicht so lange her, daß der „Vorwärts“ vom Dawesplan alle Herrlichkeiten der Welt, Räumung der besetzten Gebiete, Sicherung des Weltfriedens, Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse prophezeit. Inzwischen ist von all dem, was Gegenstand eingetroffen, genau so wie es die Kommunisten vorausgesagt haben.

Wir haben auch gewußt, daß es nur notwendig ist, der SPD den Kampf gegen die Monarchisten vorzuschlagen, um zu erreichen, daß die Maulkämpfer gegen die Reaktion sich als die tödlichen Steigbügelhalter der Reaktion erweisen. Das wird uns nicht daran hindern, das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den proletarischen Mitgliedern des Reichsbanners zu schließen. Nachden das Zentrum, diese herrliche Reichsbannerpartei, im Hauptkammerkampf den Geburtstag der Monarchie als Nationalfeiertag befürwortete und für die Farbschwarz-rot gestimmt hat, wird das Urteil mit dem Volksblod bald zu Ende sein.

Der Versuch des „Vorwärts“, die Kampfvorschläge der KPD zu entstellen, wird auf die Dauer nicht verhindern, daß sich die Arbeiter um das Kampfbündnis unserer Offenen Briefes sammeln!

Auf zum Johannistfest

gegenüber der Jahrhunderthalle in Scheitnig

Voranzeige:

Dienstag von 6 bis 8 Uhr
Abendmeeting des „Leichtathletik-Verbandes“
auf unserem Sportplatz.

Dauernde Vorführung aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pfennig - Kinder 10 Pfennig

Liebig-Theater
Monat Juni 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Hartstein
und Gesellschaft
Der unterirdische
Erdzungenbrunn
Der Sto'z 3. Kompagnie
Hörst über 2000 mal aufgeführt
Dario und Segna
Die Zirkusmäkchen
Herrmann Meßtrum
Hägen's Circus
Tanzgastspiel Blinowa u. Worontzow
und Szala Bera
Witoly Orme
Die goldene Spinne
Menich oder Jinnion?

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545
Sonn- u. Abends 8 Uhr
und täglich:
„Sinneliefe von
Dessau“
Abbitte
Richard Schneider,
Falkenauer-Krauz 23

Veranstaltungskalender
Sonntag, den 21. Juni, abends 7 Uhr.
Sonnabendabend 8 Uhr. Mitgliederabend
im Parkstadion.
Montag, den 22. Juni, abends 7 Uhr.
Parkstadion 8 Uhr. Mitgliederabend.
Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr.
Mitgliederabend im Gabel-Reiter-
Saal. Beginn der Segelflieger-Schule. Mitglieder
sind in dieser Veranstaltung aus-
geschlossen.
Kommunistische Jugend
Mittwoch, den 24. Juni, abends 7 Uhr.
Mitgliederabend im Gabel-Reiter-
Saal. Beginn der Segelflieger-Schule.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 7 Uhr.
Mitgliederabend im Gabel-Reiter-
Saal. Beginn der Segelflieger-Schule.
Andere Organisationen
RFB. Gruppe West. Dienstag, den
22. Juni, abends 7 Uhr im
Hotel „Zur Kaiserin“.
Gruppe Ost. Dienstag, den 23. Juni, abends
7 Uhr im Hotel „Zur Kaiserin“.
Gruppe Zentrum. Alle Sonntage abends 7
Uhr im Hotel „Zur Kaiserin“.
Gruppe Süd. Dienstag, den 24. Juni, abends
7 Uhr im Hotel „Zur Kaiserin“.
Gruppe Nord. Dienstag, den 25. Juni, abends
7 Uhr im Hotel „Zur Kaiserin“.
IAH. Kreisgruppe Breslau. Der nächste
Sonderabend am Sonntag den
21. Juni um 8 Uhr abends im
Hotel „Zur Kaiserin“.
Guter Verdient!
Jedem wird gehalten
Glänzende
Damenarbeiten
Auftragen gegen
1 Mark durch:
R. Neumann
Gründungs- u. Ehr-
Scheidungs-Büro
Altehandl.
Bezirk Breslau
Postfach 1000

Freunde des Arbeitersports!
Arbeiter! Angestellte! Gewerkschaftler!

Eure Sport-Woche

hat begonnen

An allen Wochentagen vom 13. bis 20. Juni, abends

sportliche Darbietungen

Alles Nähere durch die Arbeiterpresse und die Programme

Arbeitende Breslaus! Unterstützt alle Veranstaltungen der
Arbeitersportler, Eure und Eurer Kinder Freunde, die Euch
für wenig Geld Gelegenheit zum Turnen, Schwimmen, Wandern
und zu allen anderen sportlichen Betätigungen mit Gleich-
gestellten geben, und sich jederzeit in den Dienst der Arbeiter-
klasse stellen!

Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege Breslau

Weinbrand-Verschnitt 28 40 % Liter 3.00
beste Qualität 3.50
Jaswaka-Korn-Verschnitt . . . Liter 3.10
3.60
beste Qualität 4.00
Carl Lorenz, Blücherstraße 21
Kolonialwaren und Destillation.

**Schriftliche
Heimarbeit!**
Guter Verdient!
Jedem wird gehalten
Glänzende
Damenarbeiten
Auftragen gegen
1 Mark durch:
R. Neumann
Gründungs- u. Ehr-
Scheidungs-Büro
Altehandl.
Bezirk Breslau
Postfach 1000

Robert Langer's
Brot-, Weiß- und
Fein-Bäckerei
Schweidnitz, Grabenstraße 3
Werkt neue Leser!

Zickelfelle
sowie alle anderen Arten
Häute und Felle, Haare u.
Wolle usw. Kauf zu aller-
schönsten Tagespreisen
H. Freudenberger
Häute und Felle
Breslau I, Kapitzschkestr. 54
Eing. Lange Holzgasse. Tel. Ost. 9166

Magerkeit wirkt un schön
Schöne
volle Körperformen
durch unser
„Hegro-Kraftpulver“
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund
Zunahme. Garantiert un-
schädlich. Ärztlich empfohlen.
Streng reell! Viele Dank-
schreiben. Preis Karton mit
Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.
Krosen-Apotheke, Neuzschänker Straße 3
Hygiena-Apotheke, Tauschmarkt Nr. 51

Eugen Lewine
SKIZZEN REDE VOR GERICHT U. ANDERES
Eugen Lewine wurde am 5. Juni 1919 in München standrechtlich er-
schossen. Seine Skizzen, seine mutige Rede vor Gericht und sein
tapferer Tod sind die besten Zeugnisse für den einst viel Verlebendeten.
Preis: 1.- Mk. - Für Mitglieder komm. Organisationen 0.50 Mk.
VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE / BERLIN-SCHÖNEBERG

Jeder Klassenbewusste Arbeiter abonniere
sogleich die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“

